

Demographische Entwicklungsplanung

von Susanne Tatje

Vorlage für den Verwaltungsvorstand der Stadt Bielefeld am 28.09.04

Vorbemerkung

In dieser Vorlage werden erste Überlegungen für ein Gesamtkonzept „Demographische Entwicklungsplanung in Bielefeld“ formuliert, das zurzeit erarbeitet wird. Die Vorstellung dieser Ideen erfolgt zu diesem Zeitpunkt, weil bereits jetzt mit der Erarbeitung einiger Einzel - Projekte begonnen wird.

Diese Vorlage enthält

- einige allgemeine theoretische Aussagen und Fakten zum Demographischen Wandel.
- die Formulierung von (ungelösten) Fragen für unsere Gesellschaft in Folge des demographischen Wandels.
- konzeptionelle Überlegungen für eine „demographieorientierte Kommunalpolitik“.
- erste Überlegungen für die Entwicklung eines kommunalen Gesamtkonzeptes.
- erste Vorschläge für einzelne Handlungsschritte.

Einleitung

Die Bevölkerungswissenschaftler haben schon lange auf die Folgen des demographischen Wandels hingewiesen; so sei die demographische Entwicklung moderner Wohlfahrtsstaaten lange im Voraus sichtbar gewesen, vertritt u.a. Prof. H. Birg von der Universität Bielefeld.

Die „wirkliche“ Dynamik der demographischen Entwicklung mit den Folgen und Auswirkungen auf unsere Städte und Gemeinden ist jedoch weitgehend unbekannt, das Ausmaß der zu erwartenden Schrumpfung, die Bedeutung für das Leben der Menschen werden noch immer unterschätzt. Die aktuelle Diskussion beschränkt sich auf Fragen wie „demographischen Alterung“ mit ihren Folgen - Horrorszenarien einer „vergreisten Gesellschaft“ oder „demographischen Zeitbombe“ werden heraufbeschworen. Über die möglicherweise positiven Aspekte, die eine abnehmende Bevölkerungszahl mit sich bringt, wird kaum nachgedacht und auch eine „positive Leitbildentwicklung“ mit entsprechenden Zielen für kommunales Handeln zur Gestaltung des demographischen Wandels ist eher selten¹.

Für die Stadt Bielefeld ist dieses geplant; hier soll ein kommunales Handlungskonzept entwickelt werden mit dem **Ziel, den demographischen Wandel zu gestalten**. Die Entwicklung des Handlungskonzeptes und die Umsetzung von Planungsschwerpunkten sollte im Konsens – in einem gemeinsamen Diskussionsprozess - mit unterschiedlichen Akteuren aus Verwal-

¹ vgl. hierzu die „Aktion demographischer Wandel“ der Bertelsmann Stiftung“ www.aktion2050.de

tung, Politik und Vertretern und Vertreterinnen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen sowie Bürgerinnen und Bürgern geschehen.

Was ist „Demographischer Wandel“?

Die Bevölkerungswissenschaft definiert „demographischen Wandel“ als Prozess, der über einen „langen generationenübergreifenden Zeitraum“ stattfindet, wobei eine Generation mit ca. 25 - 30 Jahren angegeben wird². Das heißt, wenn wir uns mit den Folgen des demographischen Wandels (und entsprechenden Planungen) befassen, gilt es, weit reichende Perspektiven und Strategien in den Blick zu nehmen.

Die Zahlen der Bevölkerungswissenschaftler liegen bereits seit Anfang der siebziger Jahre vor, und schon damals wurde deutlich: Wenn die Geborenenzahl zum Generationenersatz nicht ausreicht, kommt es zum Geburtenrückgang. Und dieser wird sich dann beschleunigen, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge ca. 25 Jahre später eine zahlenmäßig deutlich verringerte Müttergeneration „hervorbringen“, deren Nachwuchs sich wiederum verringert³.

Einige aktuelle Daten und Fakten

Die Eckdaten aus der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Sommer 2003⁴ belegen, dass der Geburtenrückgang seit Jahren stattfindet.

Als „mittlere Annahme“ dieser Bevölkerungsvorausberechnung gilt:

- Die Geburtenhäufigkeit wird weiterhin beim heutigen Stand von 1,4 Kindern pro Frau bleiben (zur „Bestandserhaltung“ wären statistisch 2,1 Kinder pro Frau notwendig).
- es kommt zu einem jährlichen positiven Wanderungssaldo (Einwanderung) von ca. 200.000 Personen; die Zuwanderung kann den Bevölkerungsrückgang allerdings „nur“ dämpfen, nicht aufheben.
- Die Lebenserwartung der Menschen wird weiter ansteigen; sie wird sich voraussichtlich um 6 Jahre im Jahr 2050 erhöht haben.

Wenn diese Annahmen zutreffen, wird – bis zum Jahr 2050⁵ -

- die Einwohnerzahl in Deutschland zurückgehen, der Rückgang beginnt ca. 2013 (von zur Zeit 82,5 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen auf gut 75 Millionen).

² So formuliert von Dr. Flöthmann, Universität Bielefeld, bei seinem Vortrag im Beirat für Stadtgestaltung der Stadt Bielefeld am 04.06.04

³ Mittlere Annahme der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes
⁴ Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“

⁵ Die Prognosen des LDS werden an dieser Stelle noch nicht einbezogen; diese würden verdeutlichen würd, dass sich die zu erwartenden Folgen für die Kommunen ganz unterschiedlich gestalten.

- die Zahl der unter 20- jährigen von aktuell 17 Millionen (21%) auf 12 Millionen (16%) zurückgehen; der Anteil der über 60- jährigen von 28% auf 37% steigen.⁶
- die „kritische Beschleunigung“ der Alterung schon bald beginnen; sie findet zwischen 2010 und 2030 statt (Verschiebungen im Altersaufbau⁷).

Die entscheidenden Faktoren, die also den demographischen Wandel bestimmen, liegen in den Einflussgrößen Geburtenziffer, Lebenserwartung und Migration, das heißt:

Im Jahr 2050 werden wir in Deutschland weniger, älter und bunter sein⁸.

Die Folgen für unsere Gesellschaft - Viele ungelöste Fragen

Die Folgen der demographischen Entwicklung seien für unsere Gesellschaft dramatisch, so der Tenor der öffentlichen Diskussion. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme, die durch die „unnatürliche Umkehrung“ der Bevölkerungspyramide nachhaltig gefährdet sei.

Fest steht, dass sich unser Leben durch den absehbaren Wandel erheblich verändern wird. Besonders für unsere zukünftige Generation stellen sich wichtige Fragen, auf die jedoch heute nur schwer richtige Antworten zu finden sind; einige dieser Fragen seien hier exemplarisch aufgeführt:

1. Wie werden sich die familiären Beziehungen verändern, wie werden sich die Möglichkeiten und die Bereitschaft zur Übernahme von Fürsorge wie z.B. zur privaten Pflege von Angehörigen verändern?
2. Welchen Einfluss werden die „alternden Belegschaften“ für die Unternehmen und die Wirtschaft haben? Werden sie die Innovationsfähigkeit, den Unternehmergeist und schließlich auch das Wirtschaftswachstum zusätzlich hemmen? Oder fehlt hier zukünftig wichtiges „Erfahrungswissen“?
3. Wie werden sich die Bereiche Wirtschaft und Arbeit in Folge des Demographischen Wandels ändern?
4. Wie müssen sich das Arbeitsleben und die Rahmenbedingungen ändern, wenn ältere Erwerbstätige tatsächlich länger im Erwerbsleben bleiben?
5. Wie werden sich unsere Lebensräume ändern, wenn die Bevölkerung schrumpft? Werden bestimmte ländliche Gebiete menschenleer werden oder nur noch wenige Ältere hier leben?
6. Was bedeutet dies für die soziale Infrastruktur, für Schulen und Kindergärten, die heute benötigt aber vielleicht schon bald nicht mehr gebraucht werden; was bedeutet dies für soziale Dienstleistungen, Vereinsleben, Verkehrsinfrastruktur usw.

⁶ Mittlere Annahme der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes

⁷ vgl. ebenda

⁸ Die Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbstätigen – und somit auch auf die Situation der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes - sind bisher wenig betrachtet worden; mir liegen hierzu erste Schätzungen aus einer Untersuchung der Deutschen Bank vor, die in der Gesamtkonzeption näher erläutert werden sollen.

7. Wird die demographische Entwicklung zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen? Werden sich hierdurch auch die Erwerbschancen von Frauen ändern/verbessern? Dürfen wir darauf hoffen, dass sich hierdurch – „quasi automatisch“ - auch Chancen für eine „geschlechtergerechte“ Verteilung von Arbeit, Zeit und Geld ergeben?
8. Wie wird das Zusammenleben in einer Gesellschaft aussehen, in der der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher liegt als heute (9%)?

Diese Fragen verdeutlichen, dass die Folgen des demographischen Wandels Auswirkungen auf jeden Politikbereich haben – und die erforderlichen Weichenstellungen zum „Abmildern“ der Folgen (von Umkehr spricht heute niemand mehr) müssten schnell vorgenommen werden. Nur fehlen bisher konsistente Strategien oder politisch abgestimmte langfristige Planungen. Und auch fundierte Handlungsempfehlungen sind bisher noch von keiner Stelle entwickelt worden und stellen somit für jede einzelne Kommune eine große Herausforderung dar.

Entwicklung einer „demographieorientierten Kommunalpolitik“

Der demographische Wandel wird sich auf viele Bereiche der öffentlichen Infrastruktur auswirken und nahezu jeden Bereich in der Kommune betreffen wie zum Beispiel die kommunalen Finanzen, Verkehrsinfrastruktur, Ver- und Versorgungsnetze, die Entwicklung von Jugendhilfe und Schule, Entwicklung der Arbeitswelt oder Zukunft des Öffentlichen Dienstes. Einige dieser Bereiche sollen im Gesamtkonzept exemplarisch näher ausgeführt werden – an dieser Stelle sei jedoch bereits angemerkt, dass es für die Kommunen wichtig ist, sich frühzeitig bei aktuellen Planungsvorhaben mit diesen Fragen zu befassen. Von daher sollte das Thema „Demographischer Wandel“ zu einer zentralen Aufgabe kommunalen Handelns und Politikgestaltung werden⁹.

Bei der Entwicklung einer „demographieorientierten Kommunalpolitik“ geht es zunächst darum, Ziele festzulegen und hierfür Umsetzungsstrategien zu entwickeln.

Folgende Punkte möchte ich in diesem Zusammenhang – als notwendige Voraussetzung - besonders erwähnen:

- Eine notwendige Grundlage für die Erarbeitung von Prognosen und Szenarien sind die dafür erforderlichen Daten¹⁰.
- Eine notwendige Voraussetzung für Zieldefinitionen und Schwerpunktsetzungen ist die Koordinierung einer Bestandserhebung in den Dezernaten.
- Wir brauchen integrierte Problemlösungen und Konzepte: In den Kommunen muss eine dezernatsübergreifende Kooperation erfolgen.

⁹ Auf diesen Bereich werde ich in meinem Grunsatzpapier ausführlicher eingehen.

¹⁰ Zur Zeit sieht es so aus, als ob sich der Bevölkerungsrückgang in Bielefeld nicht so stark vollzieht wie in anderen Städten bzw. Regionen; in den nächsten Jahren sind evtl. sogar Zuwächse zu verzeichnen („gegenläufiger“ Trend). Dies gilt es genauer zu untersuchen bzw. zu überprüfen, da es hierzu auch andere Aussagen gibt. Diese sich z.T. widersprechenden Aussagen machen jedoch deutlich, wie wichtig eine gesamtstädtische Datenlage (und Bestandserhebung) für Bielefeld ist. Diese sollte auch möglichst „kleinräumig“ erfolgen, um später genauere Planungen im Hinblick auf bestimmte Stadtteile vornehmen zu können.

- Der „demographische Faktor“ ist bei allen Planungen und Entscheidungen in der Kommune einzubeziehen.
- Für die Erarbeitung von realistischen Strategien ist ein politischer Konsens unumgänglich.

Nach den bisher ausgewerteten wissenschaftlichen Untersuchungen, Praxisberichten, Gesprächen mit Expertinnen und Experten innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung sehe ich Handlungsbedarf in unterschiedlichen Bereichen gesehen, von denen einige ausgewählte aufgeführt werden:¹¹

- **Altenhilfe:** Stärkere Nachfrage nach deren Angeboten (Frage: wie können Kommunen zukünftig adäquate Angebote trotz Finanzknappheit zur Verfügung stellen?).
- **Wohnumfeld und Wohnsituation für ältere Menschen:** Der Bedarf nach „barrierefreien Wohnungen“ wird steigen, infrastrukturelle Maßnahmen oder Versorgungs- und Freizeitmöglichkeiten im Umfeld sind ebenso wichtig wie eine gute ÖPNV- Verbindung oder Einkaufsmöglichkeiten.
- **Bildung und Qualifizierung:** Durch den demographischen Wandel wird die Qualifizierung von (nicht nur älteren) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zunehmend wichtig – und qualifiziertes Personal ist ein wichtiger Standortvorteil für eine erfolgreiche „Ansiedlungspolitik“ von Unternehmen.
- **Kinder- und Familienpolitik:** Ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung für Kinder gilt als sog. „weicher“ Standortfaktor und ist wichtig für den Zu- und Wegzug von (jungen) Familien
- **Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche:** Dieser sog. „weiche“ Standortfaktor gilt heute zunehmend als wichtiges Entscheidungskriterium bei Eltern für den Zu- oder Wegzug.
- **Angebote der Jugendarbeit und Jugendhilfe mit Schule vernetzen:** Flexible Nutzungskonzepte für Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Schulen entwickeln¹².
- **Stadtentwicklungspolitik:** Die Kernstädte „zukunftsfähig“ machen und damit das Ausbluten“ der Kernstädte verhindern (Abwanderung in die Außenbezirke bzw. in das Umland).
- **Integrationsmöglichkeiten für Zuwanderer/innen verbessern:** Der Zuzug von Zuwanderern/innen (jungen Familien) ermöglicht eine eher ausgeglichene“ Bevölkerungsentwicklung.
- **„Zukunftsfähige“ Infrastruktur:** Maßnahmen für Verkehr, Ver- und Entsorgung entwickeln, die den Bevölkerungsrückgang berücksichtigen.

¹¹ Zum Teil wird dieser dann bereits mit Handlungsempfehlungen verbunden.

¹² Zu den v.g. Fragen hat die Autorin einen Aufsatz zum Thema „Nichts bleibt wie es ist – Der Demographische Wandel und die Jugendhilfe“ zur Veröffentlichung vorgelegt.

- Strategische Personalbedarfsplanung für den öffentlichen Dienst: Entwicklung von Personalkonzepten und Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.
- Ressourcen zielgerichtet einsetzen: Konzepte für eine wirkungsorientierte Steuerung entwickeln.
- Kommune als „Wirtschaftsstandort“ entwickeln oder sichern.
- Den Faktor „Arbeit“ stärken: Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen fördern.

Diese unterschiedlichen Politikbereiche gilt es, systematisch im Hinblick auf die Situation in Bielefeld zu überprüfen, um dann entsprechende „maßgeschneiderte“ Konzepte zu entwickeln und notwendige Entscheidungen im Hinblick auf die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Für die interne Diskussion innerhalb der Stadtverwaltung ist es wichtig, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Dezernaten den „Nutzen“ für die zukünftig notwendigen Arbeitsschritt deutlich zu machen, den eine konstruktive Befassung mit der Thematik „demographischer Wandel“ für sie beinhaltet. Denn für alle Beteiligten ist ein Umdenken erforderlich: War „man“ bisher auf Wachstum ausgerichtet, gilt es jetzt, sich mit der Frage von zukünftiger „Schrumpfung“ zu befassen – und es ist für die eigene Arbeit durchaus von Vorteil, diesen Folgen „gut vorbereitet“ zu begegnen¹³ (auch im Hinblick auf Investitions- und Unterhaltungskosten).

Entwicklung eines kommunalen Handlungskonzeptes für Bielefeld - Wie kann der demographische Wandel gestaltet werden?

Die zu entwickelnden Maßnahmen lassen sich in zwei Gruppen unterteilen:

1. Maßnahmen, die die Entwicklung demographischer Prozesse – langfristig - direkt beeinflussen und damit steuern können (z.B. Entwicklung von familienpolitischen Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen für Migranten/innen).
2. Maßnahmen, die bereits jetzt Einfluss nehmen und damit versuchen, die Auswirkungen des demographischen Wandels für Staat und Gesellschaft „verträglich“ zu gestalten (z.B. Ausbau der Altenhilfe – Angebote etc).

Langfristige Gesamtplanung in der Kommune heißt, **Handlungsfelder** zu entwickeln, die - je nach individueller Gegebenheit - unterschiedlich ausfallen können. Bei der Erarbeitung dieser „übergreifenden Themen“ ist es wichtig, in der Verwaltung einen Prozess „dezernatsübergreifender Zusammenarbeit“ auszubauen, da die Auswirkungen des demographischen Wandels unterschiedliche Handlungsfelder und Politikbereiche betreffen. Das heißt, die Erarbeitung dieser Schwerpunktthemen - mit sinnvollen Lösungsvorschlägen - werden sich nur durch dezernatsübergreifende Formen der Kooperation finden lassen.

In diesen kommunalen Diskussionsprozess sollte auch das Wissen von externen Experten und Expertinnen einbezogen und genutzt werden, damit deutlich wird, was „demographischer Wandel“ mit seinen Folgen für den jeweiligen Arbeitsbereich und die Planungsvorhaben heißt bzw. heißen kann. „Wie sieht unsere Zukunft aus?“ lautet die entscheidende Frage.

¹³ In der politischen Diskussion heißt es heute: Den Folgen „gut aufgestellt“ zu begegnen...

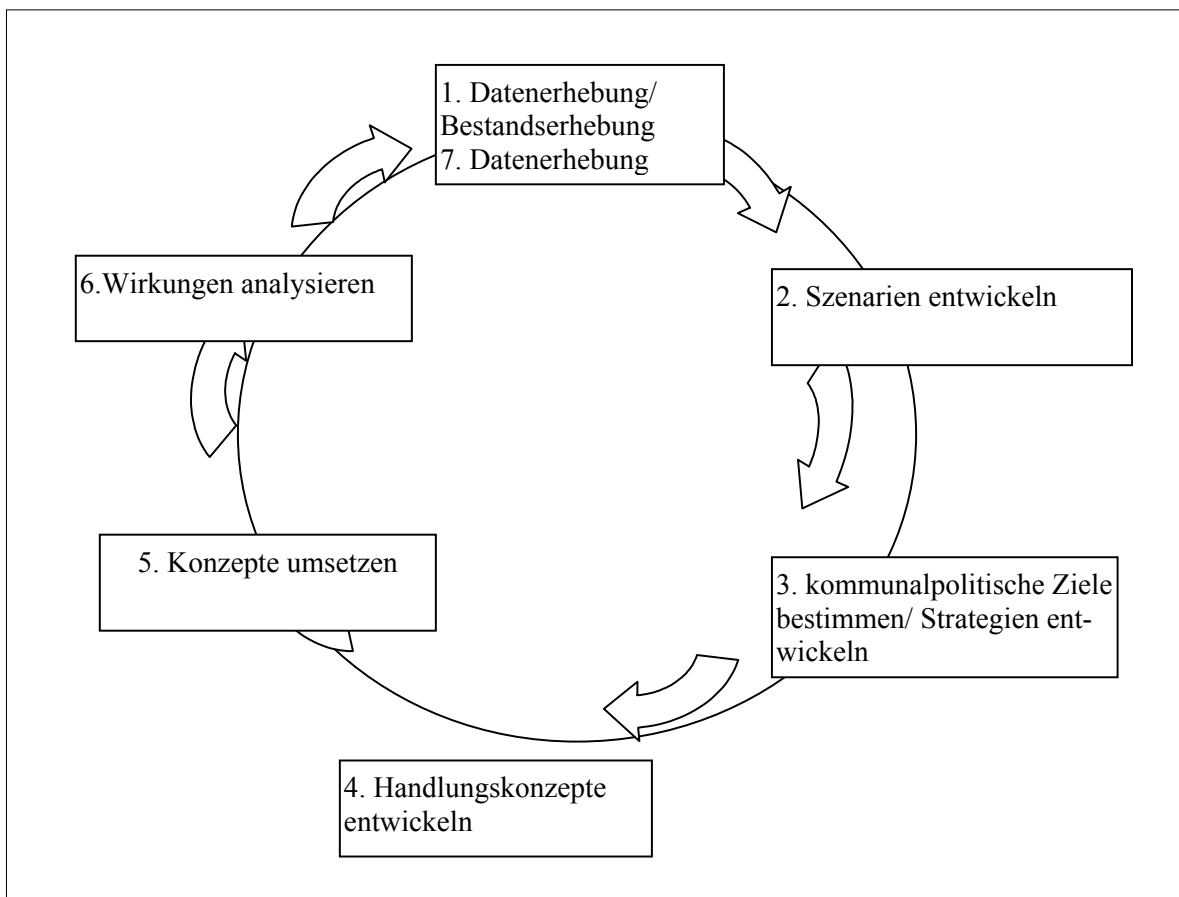
Verständigen müssen wir uns auf Inhalte und Verfahrensfragen:

- Inhalt:
 - gemeinsame Ziele und Zielerreichung.
- Verfahrensfragen:
 - Konsens mit der Politik.
 - dezernatsübergreifender Prozess zur Entwicklung und Umsetzung der Handlungsschwerpunkte.
 - Einbindung von anderen „lokalen Akteuren“ sowie Bürgerinnen und Bürgern – denn die notwendigen Strukturveränderungen erfordern Unterstützung und Akzeptanz.

Erste Handlungsschritte in Bielefeld

Im Folgenden finden sich mehrere Vorschläge, ein sog. „**policy - mix**“ verschiedener Handlungsschritte unterschiedlicher Reichweite; diese müssen zum Teil alternativ entschieden werden und/oder können zum Teil ergänzend oder auch parallel stattfinden:

I. Ein Steuerungskreislauf für das Verfahren/den Prozess (ein idealtypisches Modell)



Die einzelnen im folgenden unter Teil II aufgeführten Projekte und Vorhaben sind Bestandteil dieser sechs Schritte.

Für wichtig erachte ich, dass in regelmäßigen Zeitabständen eine Überprüfung der Daten erfolgt, um die Prognosen und damit auch Planungsvorhaben bei Bedarf zu aktualisieren und anpassen zu können („neu justieren“).

II. Workshops wie zum Beispiel...

- **Zukunftswerkstätten** (nach C.G. Jungk) mit Bürgerinnen und Bürgern, lokalen Akteuren, Politik, Verwaltung ...
Themen wie zum Beispiel **„Wie werden wir leben? – Bielefeld 2050“**.

Diese Zukunftswerkstätten haben das **Ziel**, einzelne Schwerpunkte und/oder Projektideen (mit Realisierungschancen) für Planungsprozesse zu entwickeln¹⁴. Hierzu gibt es - auch im Kontext „Demographische Entwicklung“ - bereits Vorbilder in anderen Städten (Beispiel Arnsberg, Monheim).

- **Workshops** zur „Ziel – Findung“ und „Schwerpunkte – Findung“...
Inhalt zum Beispiel zum Thema **„Entwicklung von Szenarien für Bielefeld 2030 und 2050“** (und Schlussfolgerungen).
(evtl. in Kooperation mit Bielefeld 2000 plus)
- **Workshops** mit „lokalen Akteuren“...
Inhalt zum Beispiel zu der Frage **„Wer macht was im Bereich Demographie?“**

III. Einzelne Konzepte entwickeln...

- **AG „Räume der Zukunft“** (in Planung)

¹⁴ Diese Methode eignet sich besonders gut, um Menschen – Jung und Alt – in Planungsprozesse mit einzubeziehen; also um nicht an denen „vorbeizuplanen“, um die es geht.

In Bielefeld hat die Autorin im Jahr 2001 gemeinsam mit anderen Akteuren aus Jugendarbeit und Schule eine **Zukunftswerkstatt für Jugendliche** konzipiert und durchgeführt zum Thema **„Wie wollen wir leben?“**. Diese Zukunftswerkstatt war der „Auftakt“ der Jugendhilfeplanung und hatte das **Ziel**, die Ergebnisse im Planungsprozess zu berücksichtigen. Die von den Jugendlichen entwickelten neun Projektideen (von einer Beratungsstelle für Jugendliche mit Liebeskummer bis zu verkehrsberuhigten Spielstraßen) sind im Jugendhilfeausschuss präsentiert worden; für die einzelnen Projektideen wurden dort „Patentpatinnen“ gefunden, die die Jugendlichen bei der Umsetzung der einzelnen Projekte begleiten wollten (mit Unterstützung der städtischen Fachkräfte). Das Zukunftswerkstatt ist sowohl von der Landesregierung NRW als auch von der Bundesregierung als Modellvorhaben finanziell unterstützt worden. Die Ergebnisse sind auf einer CD-Rom veröffentlicht worden unter Stadt Bielefeld (Hrsg.).

Ziel der AG: Gemeinsam mit anderen „lokalen Akteuren“ (stadtintern und extern) Vorschläge für einen „zukunftsfähigen Stadtteil“ entwickeln und überlegen, wie diese umgesetzt werden können. Es geht u.a. um das Aufzeigen von Szenarien 2030 und 2050 und die Frage, wie sich die Stadtteile auf den demographischen Wandel einstellen müssen. Die Ergebnisse der AG sollen auf der Tagung der Stadt Bielefeld - Dezernat 4/BGW/Städtetag zum Thema **„Kommunen und Immobilienwirtschaft in einem Boot! – Kooperative Stadtentwicklung“** am 06./07.04.05 in einem Workshop zum Thema „Demographischer Wandel“ präsentiert werden.

Die Mitglieder der AG setzen sich aus städtischen und nicht – städtischen Akteuren zusammen.

IV. Teilnahme an Modellprojekten o.ä....

- **Entwicklung eines Konzeptes für den Sozialbericht NRW 2005/2006 (unter Berücksichtigung der Demographischen Entwicklung)**
Modellprojekt des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW
Wissenschaftliche Begleitung durch: ZEFIR in Bochum (Prof. Dr. K.P. Strohmeier) und SOFI in Göttingen (Dr. P. Bartelheimer)
(in Kooperation mit dem Dezernat 5)

VI. Öffentliche Veranstaltungen/Tagungen zu „Demographie – Themen“

- Tagung (in Kooperation mit dem Landesinstitut für den Öff. Gesundheitsdienst NRW und der VHS)
„Die Zukunft hat schon begonnen“ – Demographie und Stadt
am 16.11.04 in der Ravensberger Spinnerei
- Veranstaltungsreihe zum Thema
„Die Zukunft hat schon begonnen...“ – Demographischer Wandel in Bielefeld
(in Kooperation mit der VHS; das Thema „Demographischer Wandel“ wird zugleich Schwerpunktthema der VHS)
 1. **„Alt sind nur die Anderen“ –
Wie werden wir leben, lieben und arbeiten im Jahr 2050?**
Referentin: Elisabeth Niejahr, ZEIT – Journalistin, Buchautorin
Moderation: Susanne Tatje
Donnerstag, 20.01.05 um 20 Uhr, Murnau Saal, Ravensberger Spinnerei
 2. **„Nicht ohne die Alten!“ –
Perspektiven für die Stadt**
(in Kooperation mit Seniorenrat Bielefeld und Verein Alt und Jung)
Referentinnen: Bettina Ellerbrock, Forum Seniorenarbeit NRW
Angelika Gemkow, MdL, Vorsitzende der Enquete –
Kommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“
Moderation: Helga Sielemann, Vorsitzende des Seniorenrates Bielefeld

Donnerstag, 17.03.2005 um 20 Uhr, Murnau Saal, Ravensberger Spinnerei

**3. „Handel und Wandel“ –
Herausforderung und Chance für die Stadt?**

(in Kooperation mit der WEGE)

Referent/in: NN

Moderation: Brigitte Meier, WEGE, Bielefeld

Donnerstag, 28.04.05 um 20 Uhr, Murnau Saal, Ravensberger Spinnerei

VII. Kooperation mit anderen Institutionen

- **in Bielefeld**; bisher mit: Landesamt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (lögD), BGW, Universität Bielefeld/Bielefeld 2000 plus, Fachhochschule Bielefeld/Abteilung Soziales, WEGE, Bielefeld Marketing, von – Laer – Stiftung, ev. Kirchenkreis Bielefeld, Städt. Kliniken,
- **außerhalb von Bielefeld**; bisher mit: Stadt Herford, Stadt Arnsberg, Stadt Münster, Stadt Monheim, Deutscher Städtetag, Landeszentrale für Politische Bildung NRW, Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW Bertelsmann Stiftung, Wissenschaftliche Institute wie IAT Gelsenkirchen, ZEFIR Bochum, SOFI Göttingen

Geplant sind:

- Arbeitskreis von Kommunen und Kreisen in OWL zur interkommunalen Zusammenarbeit.
- Gründung eines NRW - Städte – Netzwerkes „Demographische Entwicklung“ (Kooperation zwischen Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW, StädteNetzwerk NRW, Stadt Bielefeld).

Bielefeld, im September 2004-09-28
Projektbeauftragte „Demographische Entwicklung“
Stadt Bielefeld